

Koalitionsvertrag in Rheinland-Pfalz

Agrar und Umwelt unter einem Dach

In Rheinland-Pfalz soll es in Zukunft wieder ein gemeinsames Agrar- und Umweltministerium geben. Geführt werden soll das „Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten“ von der CDU. Darauf haben sich CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag verständigt, den die beiden Spitzenpolitiker der künftigen Koalitionäre, der designierte CDU-Ministerpräsident Gordon Schnieder und der bisherige SPD-Amtsleiter Alexander Schweitzer, am vergangenen Donnerstag, 30. April, in Mainz vorgestellt haben.

Damit endet in Rheinland-Pfalz die über ein Jahrzehnt währende Ära eines Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau auf der einen sowie eines Ressorts für Umwelt und zuletzt Klimaschutz, Energie und Mobilität auf der anderen Seite.

Leistungsfähige Agrar- und Umweltverwaltung

Wer das neu zugeschnittene Landwirtschafts- und Umweltministerium leiten wird, ist noch nicht bekannt. Gehandelt wird die langjährige CDU-Europaabgeordnete Christine Schneider, die sich auf der Brüsseler Ebene einen Namen in der Agrar- und Weinbaupolitik gemacht hat. Ein Wechsel des agrarpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und rheinland-pfälzischen Generalsekretärs Johannes Steiniger nach Mainz gilt als unwahrscheinlich.

In ihrem Koalitionsvertrag bekennen sich CDU und SPD zu einem kooperativen Naturschutz, um die Interessen von Naturschutz und Landwirtschaft

in Einklang zu bringen. Beide Koalitionspartner wollen sich für eine praxisgerechte und flexible Anwendung der EU-Wiederherstellungsverordnung einsetzen und fordern von der EU und dem Bund dazu verlässliche Finanzierungsinstrumente. Angestrebt wird eine moderne und leistungsfähige Agrar- und Umweltverwaltung, die Genehmigungsverfahren beschleunigt, klare Verantwortlichkeiten schafft, Investitionen erleichtert und zugleich hohe Umweltstandards wahrt.

Im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd (BWV) sorgt die schwarz-rote Koalitionsvereinbarung für zufriedene Gesichter. Verbandspräsident Eberhard Hartelt bescheinigte CDU und SPD, sie hätten zentrale Forderungen aus dem Berufsstand aufgegriffen. Positiv wertet Hartelt vor allem die Zusammenführung von Landwirtschaft und Umwelt in einem eigenständigen Ressort.

Er begrüßte ausdrücklich das Bekenntnis zum kooperativen Naturschutz und die Unterstützung für den „Schulterschluss

Artenvielfalt“. Mehr dazu in der Stellungnahme vom Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd unten.

Die vorgesehene Weiterentwicklung der Landeskompensationsverordnung mit dem Fokus auf produktionsintegrierte Kompensation sowie der angestrebte Ausgleich von Kosten aufgrund von zusätzlichen Bewirtschaftungsanforderungen in Schutzgebieten unterstützten diesen Weg.

Rotationsbrache für Winzer möglich

Ein wichtiges Signal an die Winzerinnen und Winzer im Land sei die von den Weinbau-

verbänden Pfalz und Rheinhessen im BWV seit Langem geforderte Förderung der Rotationsbrache im Weinbau, betonte Hartelt.

Steil- und Steilstlagenförderung verdoppeln

Dafür will dann die neue Landesregierung laut Koalitionsvertrag als Übergangslösung bis zur neuen GAP-Förderperiode Prämien in Höhe von 2 500 Euro pro Hektar und Jahr – begrenzt auf maximal 3 Hektar je Betrieb – zur Verfügung stellen. Darüber hinaus soll laut Koalitionsvertrag die Steil- und Steilstlagenförderung für die Winzer verdoppelt werden. age

Koalitionsvertrag mit Potenzial

Für BWV-Präsident Hartelt ist Umsetzung entscheidend

Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV), Eberhard Hartelt, sieht gute Ansätze für Landwirtschaft und Weinbau im vorgestellten Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD in Rheinland-Pfalz, der am vergangenen Donnerstag, dem 30. April, vorgestellt wurde. Zentrale Forderungen des Verbandes wurden aufgegriffen.

Die Zusammenführung von Landwirtschaft und Umwelt in ein eigenständiges Ressort zeigt für Hartelt ein neues Verständnis für die Notwendigkeit, diese beiden Bereiche gemeinsam zu denken. Dies zeigt sich insbesondere im Bekenntnis zum kooperativen Naturschutz und der vereinbarten Unterstützung des Schulterschlusses Artenvielfalt.

Auch die Weiterentwicklung der Landeskompensationsverordnung mit Fokus auf produktionsintegrierte Kompensation und der Ausgleich von Kosten aufgrund von zusätzlichen Bewirtschaftungsanforderungen in Schutzgebieten unterstützten diesen Weg. Hartelt begrüßt, dass für diesen Ansatz die erforderliche Reform der Agrar- und Umweltverwaltung angegangen wird, ohne dabei die erfolgreiche Einheit von Schule, Beratung und Forschung in der Landwirtschaft infrage zu stellen.

Die von den Weinbauverbänden Pfalz und Rheinhessen im BWV lange geforderte Einführung der Förderung der Rotationsbrache im Weinbau ist ein wichtiges Signal an die Winze-

rinnen und Winzer im Land. Für die Zukunftsfähigkeit des Weinbaus ist die von der zukünftigen Landesregierung angestrebte Beibehaltung des eigenständigen Budgets für den Weinbau auf EU-Ebene unerlässlich.

Landeseinheitliche Fleischbeschaugebühren

In Rheinland-Pfalz existiert die von Gesellschaft und Politik gewünschte kleinstrukturierte, familiengeführte Tierhaltung. Hartelt sieht in der von den Koalitionären angestrebten Einführung landeseinheitlicher Fleischbeschaugebühren einen ersten Schritt der Unterstützung.

Auch wenn einige positive Punkte im Koalitionsvertrag enthalten sind, ist für den BWV-Präsidenten entscheidend, wie und wann die praktische Umsetzung erfolgt: „Wir stehen für die zukünftige Landesregierung selbstverständlich als Gesprächspartner bereit und wünschen eine konstruktive Zusammenarbeit für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz.“

BWV

Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz

Aus dem Koalitionsvertrag zitiert

Unter dem Titel „Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz“ haben CDU und SPD in sechs Wochen relativ schnell und geräuschlos den Koalitionsvertrag auf die Beine gestellt. Gordon Schnieder, der am 18. Mai zum Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz gewählt werden soll, sagte: „Die Bürger wünschen sich eine Politik, die entschlossen anpackt.“ Das LW hat zusammengefasst, was für Winzer und Landwirte getan werden soll.

Im neuen Landtag können CDU und SPD auf eine satte Mehrheit von zwei Dritteln der Sitze bauen. Damit können sie jederzeit die Verfassung ändern. Die CDU hat 39 der 105 Sitze, acht Mandate mehr als in der vorherigen Legislaturperiode. Die Christdemokraten haben damit sieben Sitze mehr als die SPD mit 32 (minus sieben). Stärkste Oppositionspartei ist künftig die AfD mit 24 Sitzen (plus 15). Die Grünen sind wieder mit zehn Abgeordneten in den Landtag gewählt worden, sie sind dort jetzt die kleinste Partei und in der Opposition.

Ein Ministerium mehr als in Vorgängerregierung

Insgesamt wird es zehn Ministerien geben, eines mehr als zuvor.

Die CDU wird zukünftig die Staatskanzlei mit dem Minister/der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Sport, Ehrenamt und Medien und Chef/Chefin der Staatskanzlei; das Ministerium für Bildung; das Ministerium für Inneres, Integration und Verkehr; das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten sowie das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz führen.

Die SPD übernimmt das Ministerium der Finanzen mit den neuen Zuständigkeiten für Digitalisierung und Staatsmodernisierung; das Ministerium für Kommunen, Bauen, Wohnen und Kultur; das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie und Jugend; das Ministerium für Wirtschaft, Energie und Klima sowie das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Gesundheit.

Das CDU-geführte Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau,

Umwelt und Forsten, das nach aktuellen Hinweisen von der EU-Abgeordneten Christine Schneider geführt werden könnte, wird sich laut Koalitionsvertrag folgenden Zielen widmen:

Weinbau: Wir werden die Winzerinnen und Winzern gezielt stärken. Eine landesweite Marketingkampagne für Wein aus Rheinland-Pfalz und den Weintourismus soll neue Impulse setzen und bestehende Stärken besser sichtbar machen. Gleichzeitig ermöglichen wir in Zusammenarbeit mit den DLRs einen runden Tisch, der die Themen klimaangepassten Weinbau, ökologische Innovation, regionale Wertschöpfung, Weintourismus und neue Vermarktungsformen zielführend verbindet.

Bürokratische Hürden werden wir abbauen. Den Erlass für Brauchtumsfahrten überprüfen wir. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für Nebenerwerbswinzer zum Betreiben einer Straußwirtschaft angepasst. Auch eine Verlängerung und Flexibilisierung der jährlichen Öffnungszeitenräume im Gaststättenrecht prüfen wir. Die Rotationsbranche und die Steillagenförderung wurden bereits auf der Seite zuvor erwähnt. Gleichzeitig unterstützen wir den Wechsel zu klimaangepassten Alternativkulturen konzeptionell und im Rahmen bestehender Umstrukturierungsinstrumente.

Landwirtschaft: Ziel von CDU und SPD ist eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich tragfähig und ökologisch verantwortungsvoll ist. Dazu gehören auch faire Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sowie faire Erzeugerpreise. Regionale Produkte wollen wir stärker sichtbar machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund in den Verhandlungen mit der Europäischen Ebene eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie der Entwicklung ländlicher Räume des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFF) 2028 bis 2034 sicherstellt. Dabei sollen ausreichend Mittel für Direktzahlungen und für Programme zur nachhaltigen Stärkung ländlicher Räume gesichert werden. Gleichzeitig stärken wir die Zukunft unserer Betriebe konkret vor Ort: mit der Fortführung der Hofnachfolge, einer Niederlassungsprämie mit Investitions- und Absatzförderung sowie einer Unterstützung von Junglandwirten und Jungwinzern.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit unserer Agrarverwaltung führen wir eine Aufgabenkritik mit dem Ziel durch, unter Beteiligung der betroffenen Akteure die Strukturen zu verbessern sowie Doppelstrukturen abzubauen und moderner aufzustellen. Digitale Verfahren sollen zum Standard werden. Wir schaffen eine zentrale digitale Plattform für Anträge, Meldungen, Genehmigungen, Fachinformationen, Förderanträge und Dokumentationspflichten. Darauf aufbauend entwickeln wir die Agrarverwaltung strukturell weiter – auf Basis des Bewährten. Die Einheit von Schule, Beratung, Forschung, Versuchswesen und ländlicher Entwicklung bleibt erhalten. Unser Ziel ist es, Rheinland-Pfalz zu einem starken Standort für digitale Landwirtschaft und Weinbau weiterzuentwickeln.

Innovation und Nachhaltigkeit in Land- und Forstwirtschaft machen Flurbereinigungsmaßnahmen und Investitionen in landwirtschaftliche Infrastruktur (Wirtschaftswege, Bewässerung, Frostberegnung etc.) erforderlich. Dabei werden wir die Verfahren gezielt beschleunigen, effizienter gestalten und damit eine Senkung der Kosten für die Beteiligten herbeiführen.

Die rheinland-pfälzische Vieh-, Milch- und Fleischwirtschaft ist ein wichtiger Baustein des Lebensmittelangebots, der Wertschöpfungsketten und Nährstoffkreisläufe. Um Transportzeiten für Schlachtvieh zu

reduzieren, werden wir die Voraussetzungen für mobile und regionale Schlachtungen prüfen. Die Leistungen der Weidetierhaltung für den Erhalt von artenreichem Grünland und Landschaftspflege wollen wir gezielt stärken. Im Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen werden wir zudem die Organisation der Fleischbeschau sowie die dafür erhobenen Gebühren in den Blick nehmen. Unser Ziel ist es, die Voraussetzungen für landeseinheitliche, transparente Gebühren zu schaffen.

Mit der Pfalz als dem größten Gemüsegarten Deutschlands kommt unserem Land eine besondere Bedeutung für die Versorgung mit frischen, regionalen Lebensmitteln zu. Diese Vielfalt heimischer Wertschöpfung können nur durch verlässliche und ausgewogene Wettbewerbsbedingungen gesichert werden. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Landwirte aus dem gesamten Land ihre hochwertigen, regional erzeugten Produkte erfolgreich am Markt platzieren können. Deshalb setzen wir uns für Änderungen im Kartellrecht ein, um die Position der landwirtschaftlichen Erzeuger zu verbessern. Ein weiterer wichtiger Baustein ist für uns die Förderung kurzer Lieferketten und der Direktvermarktung.

Die rasante Ausbreitung der Schilf-Glasflügelzikade als eine ernsthafte Bedrohung für unsere heimische Landwirtschaft nehmen wir ernst. Deshalb werden wir uns bei der EU und dem Bund für Fördermittel zur Entwicklung praxistauglicher Bekämpfungsstrategien in der Forschung stark machen.

Die Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz erfordert eine Anpassung des rheinland-pfälzischen Landesjagdgesetzes. Diese Änderungen werden wir unter Einbindung der berechtigten Interessen der unmittelbar Betroffenen, insbesondere der Jagdausübungsberechtigten und der Forst- und Landwirtschaft für einzelne entscheidende und praxisrelevante Anpassungen nutzen. Die ausstehende Landesjagdverordnung werden wir zeitnah erarbeiten und praxisgerecht ausgestalten.

Vieles klingt vernünftig. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, was davon umgesetzt wird. *zep*